

**Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein e. V. ,
Deutscher Gewerkschaftsbund DGB Nord, Region Schleswig-Holstein,
Sozialverband Deutschland SoVD, Landesverband Schleswig-Holstein**

Abwerbung von ausgebildetem Pflegepersonal durch Zeitarbeitsfirmen stoppen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag:

Das 30. Altenparlament möge beschließen:

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, der konsequenten Abwerbung von ausgebildetem Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durch Zeitarbeitsfirmen Einhalt zu gebieten.

Begründung:

Laut einer statistischen Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit arbeiteten im Jahr 2017 rund 21.500 Pflegekräfte in der Arbeitnehmerüberlassung, was einem Anstieg von 20 % im Vergleich zum Vorjahr 2016 entspricht. 80 % dieser Pflegekräfte haben vorher in einem Krankenhaus als Festangestellte gearbeitet. Damit wird ein künstlicher Markt geschaffen, wenn die Zeitarbeitnehmer*innen, die dann wesentlich teurer sind, wieder von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern eingesetzt werden müssen. Zeitarbeitsfirmen verschärfen damit den Personalnotstand und sind Teil des Problems. Der Einsatz im Rahmen der Zeitarbeit hat kurzfristige Vorteile, bietet für Arbeitnehmer*innen jedoch keine langfristige Sicherheit.

Da die meisten Zeitarbeitsfirmen keine Ausbildung anbieten, wälzen sie die Kosten hierfür auf die staatlichen und freien Träger der Kranken- und Altenpflege ab. Daher ist einer weiteren Kommerzialisierung des Pflegebereiches gesetzlich entgegenzuwirken und die Abwerbung von ausgebildetem Pflegepersonal durch Zeitarbeitsfirmen konsequent zu unterbinden.